Kurzzusammenfassung des gemeinsamen Berichts der Bundesregierung über die neue Österreichische Sicherheitsstrategie vom 1.3.2011

Die neue Strategie gibt die **politisch-strategischen Leitlinien** für die Neugestaltung der österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im nationalen wie im internationalen Rahmen vor.

Die Strategie

- beschreibt die **Rahmenbedingungen** einer neuen, umfassend und zivilmilitärisch angelegten, aktiv gestaltenden und solidarisch umgesetzten Sicherheitspolitik,
- analysiert das sicherheitspolitische Umfeld, die **Herausforderungen** und Risiken.
- nennt die besonderen österreichischen **Gestaltungschancen**,
- definiert die sicherheitspolitischen Werte, Interessen und Ziele,
- legt die **Aufgaben** für die gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge, für die Innere Sicherheit und für die **Verteidigungspolitik** fest.

/Neue Risikobilder: Vom Kalten Krieg ins 21. Jahrhundert/

Die Sicherheitsstrategie geht von einer **grundsätzlich vorteilhaften geopolitischen Lage Österreichs** und einer gefestigten, demokratischen und rechtsstaatlichen inneren Stabilität aus. Auf der verfassungsrechtlichen Grundlage seiner **immerwährenden Neutralität** ist Österreich Mitglied der EU und bringt sich gestaltend in andere sicherheitspolitisch relevanten internationalen Organisationen ein.

Die Strategie stellt fest, dass es "auf absehbare Zeit" keine konventionellen militärischen Bedrohungen gegenüber Österreich gibt.

Sie definiert als neue Risikobilder für Österreich insbesondere

- den internationalen Terrorismus;
- die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen;
- die Auswirkungen innerstaatlicher und regionaler Konflikte oder Umwälzungen wie aktuell im arabischen Raum;
- das "Scheitern" von Staaten;
- natürliche und von Menschen verursachte Katastrophen;
- Klimawandel, Umweltschäden und Pandemien:
- Angriffe auf die Sicherheit der IT-Systeme ("Cyber Attacks");
- die Bedrohung strategischer Infrastruktur.

/Neugewichtung des internationalen Handlungsrahmens (EU-UNO-NATO/PfP)/

Die Strategie nimmt eine Neugewichtung der Bedeutung der internationalen Organisationen für Österreichs Sicherheitspolitik vor:



- Die EU ist der vorrangige internationale Rahmen für die Gestaltung der österreichischen Sicherheitspolitik. Österreich wird sich daher am gesamten Spektrum der Aktivitäten der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU, einschließlich der Battlegroups, beteiligen.
- Im Unterschied zur alten Doktrin wird den Vereinten Nationen eine größere politische Bedeutung beigemessen. Das besondere und international geschätzte österreichische UN-Engagement wird fortgesetzt und weiterentwickelt.
- Ein **NATO-Beitritt** ist **keine Option** mehr! Das Engagement im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden soll aber entsprechend der österreichischen Interessenslage weitergeführt werden.

/Neudefinition der Verteidigungsaufgaben/

Die Strategie stellt eine zeitgemäße Interpretation der verfassungsgesetzlich normierten Aufgaben der Verteidigungspolitik dar, indem sie dem ÖBH sechs Aufgaben zuordnet:

- 1. Gewährleistung der vollen staatlichen Souveränität und Integrität
- 2. Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen und der kritischen Infrastruktur
- 3. Schutz der Bevölkerung auch im Bereich der Katastrophenhilfe
- 4. Unterstützung der **staatlichen Handlungsfähigkei**t in Krisensituationen strategischen Ausmaßes
- 5. solidarische Leistung von internationalen Krisenmanagementbeiträgen und
- 6. Leistung eines militärischen **Solidarbeitrags** zum sicherheitspolitischen Handeln der EU.

Beitragsleistungen zum internationalen Krisenmanagement sind ein wesentlicher Aufgabenbereich des ÖBH. Durch sein **Auslandsengagement** leistet es einen anerkannten internationalen Solidarbeitrag und vermindert negative Rückwirkungen internationaler Sicherheitsprobleme auf Österreich. Die Auslandseinsätze sind daher **auf hohem Niveau fortzusetzen**. Auch die Befähigung zu **Evakuierungseinsätzen** zum Schutz österreichischer Staatsbürger im Ausland ist sicherzustellen.

